



Arbeitskreis Willkommen in Seligenstadt
Ehrenamtliche helfen Flüchtlingen
Kolpingstraße 36
63500 Seligenstadt
Flidum@ak-willkommen.org
<http://www.ak-willkommen.org>
06182 94822366 *FLIDUM*
016094854747 Mobil
Koordinator AK: Burkard Müller
Sprachkoordination: Hanne Auer

Seligenstadt, 10. September 2018

Herrn
Kreisbeigeordneter Carsten Müller
Kreis Offenbach

Sehr geehrter Herr Müller,

Die ehrenamtlichen Vertreter der Flüchtlingshilfen in den Kreisgemeinden haben das in der Anlage beigefügte Positionspapier zu den Erhöhungen der Nutzungsgebühren bei einem Treffen am 31. August beschlossen.

Zur Vorbereitung des Gespräches am 13.09.2018 geben wir Ihnen das Papier hiermit vorab Kenntnis.

Wir freuen uns auf ein konstruktives Gespräch in ihrem Hause.

Bis dahin

Viele Grüße

im Auftrag
Burkard Müller
Koordinator des AK Willkommen on Seligenstadt

Positionspapier der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Gemeinden des Kreises Offenbach zu den drastischen Erhöhungen der Nutzungsgebühren für Gemeinschaftsunterkünfte durch den Kreis Offenbach und die Gemeinden

Die Situation

Nach den Erfahrungen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Gemeinden des Kreis Offenbach werden Asylbewerber und Asylberechtigte seit einigen Monaten verstärkt in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vermittelt. Dabei handelt es sich oft um sehr einfache Arbeitsplätze mit entsprechend niedriger Entlohnung. Das Nettoeinkommen liegt in vielen Fällen im Niedriglohnbereich von 900 bis 1.200 Euro monatlich. Dabei sind auch Arbeitsverhältnisse in Teilzeit zu berücksichtigen.

Die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses ist für Flüchtlinge und die Gesellschaft eine wünschenswerte Chance zur besseren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und damit ein bedeutsamer Integrationsbaustein. In diesen Fällen wird sie auch von den Geflüchteten sehr positiv gesehen, denn für sie ist das Geld Verdienen ein elementares persönliches Ziel.

Die plötzliche Belastung mit einer Nutzungsgebühr in der Höhe von nunmehr 375,00 pro Person bzw. Familienmitglied reduziert den „Nettogewinn“ aus der Arbeit auf eine nicht mehr attraktive Größenordnung. Nach unseren Erfahrungen haben viele Geflüchtete auch noch besondere finanzielle Sorgen, zum Beispiel erhöhte Aufwendungen für die Mobilität, Kursgebühren und vieles mehr.

Das Streben nach einem Arbeitsplatz wird mit den erhöhten Nutzungsgebühren unattraktiv gemacht. Das ruft erhebliche Bedenken und Einwände der ehrenamtlichen Helfer/-innen hervor:

Unsere Bedenken

Wird das Nettoeinkommen durch gesetzlich vorgegebene Gebühren annähernd auf das Niveau von SGB II bzw. Asylbewerberleistungsentgelt reduziert, besteht die Gefahr des Ausweichens in illegales Dazuverdienen. Daraus ergäbe sich für den Kreis Offenbach der Nachteil, dass staatliche Transferleistungen erbracht werden müssten und die von den Flüchtlingen zu entrichtende Nutzungsgebühr vollständig entfielen. Darüber hinaus ist auch nicht sichergestellt, dass die Flüchtlinge die geforderten Gebühren tatsächlich bezahlen können und in eine „Schuldenfalle“ getrieben werden.

Ohne eine geregelte Arbeit besteht für die Geflüchteten oft eine unerträglich lange Verweildauer in Flüchtlingsheimen – unter den bekannten, sozial unverträglichen Bedingungen. Konflikte in den Unterkünften werden verstärkt, mit den entsprechenden Folgekosten. Ganz abgesehen davon ergibt sich daraus eine ungesunde Langeweile und damit verbunden ein negatives Selbstwertgefühl bis hin zu Frustration, Depression und Aggressivität. Die behutsame und in unserem ehrenamtlichen Kreis erfolgreiche Begleitung der Geflüchteten wird an dieser Stelle empfindlich gestört und zunichte gemacht.

Unter dem Strich bedeutet die Erhöhung der Nutzungsgebühren somit höhere Folgekosten für die Bürger.

